

Amtlicher Anzeiger

Anlage zum Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern

2009

Schwerin, den 16. November

Nr. 46

Landesbehörden

Bekanntmachung nach § 3 Absatz 2 Satz 2 2. Halbsatz des Landes-UVP-Gesetzes

Bekanntmachung der Landesforst Mecklenburg-Vorpommern
– Anstalt des öffentlichen Rechts –

Vom 28. Oktober 2009

Der Vorstand der Landesforstanstalt als untere Forstbehörde (§ 32 Absatz 2 LWaldG vom 8. Februar 1993, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 25. Oktober 2005), hat das Vorhaben einer Erstaufforstungsmaßnahme des Amtes für Biosphärenreservat Schaalsee in der Gemarkung Dechow, Flur 7, Flurstück 4/3; 8/1; 7/1; 13; 17; 22 in einer Größe von 44,4223 ha einer Vorprüfung des Einzelfalls entsprechend § 3 Absatz 6 Satz 2 des Landes-UVP-Gesetzes (LUVPG M-V) vom 1. November 2006 (GVObI. M-V S. 814) in Verbindung mit Nummer 27 Buchstabe b der Anlage 1 zu § 3 Absatz 1 des LUVPG M-V und dem Erlass des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern vom 19. August 2002 unterzogen. Die Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass von dem Vorhaben keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich.

Der Vorstand der Landesforstanstalt als Genehmigungsbehörde wird über den Antrag nach den Vorschriften des Landeswaldgesetzes entscheiden.

AmtsBl. M-V/AAz. 2009 S. 1101

Ausnahmegenehmigung für das Fahren mit elektronischen Mobilitätshilfen auf anderen Verkehrsflächen

Bekanntmachung des Landesamtes für
Straßenbau und Verkehr

Vom 28. Oktober 2009 – 0331-621-24-154-1-13-0 –

Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr Mecklenburg-Vorpommern genehmigt gemäß § 46 Absatz 2 Satz 1 der Straßenverkehrs-Ordnung in Verbindung mit § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe d der Straßenverkehr-Zuständigkeitslandesverordnung vom 1. Juli 1991 (GVObI. M-V S. 245), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 5. Mai 2008 (GVObI. M-V S. 136), und § 7 Absatz 6 der Mobilitätshilfenverordnung vom 16. Juli 2009 (BGBl. I S. 2097) folgende Ausnahmen:

I.

Mit elektronischen Mobilitätshilfen im Sinne der Mobilitätshilfenverordnung darf zusätzlich zu den in § 7 Absatz 1 bis 3 der Mobilitätshilfenverordnung genannten Verkehrsflächen auch auf folgenden öffentlichen Verkehrsflächen mit einer maximalen Geschwindigkeit von 9 km/h gefahren werden:

- Gehweg (VZ 239 StVO),
- Gemeinsamer Geh- und Radweg (VZ 240 StVO),
- Fußgängerbereich (VZ 242.1/242.2 StVO) und
- Parken (VZ 314 StVO).

II.

Der Geltungsbereich dieser Ausnahmegenehmigung erstreckt sich auf das Land Mecklenburg-Vorpommern.

III.

Die Ausnahmegenehmigung ergeht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs und tritt am Tage ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger, der Anlage zum Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern, in Kraft.

AmtsBl. M-V/AAz. 2009 S. 1101

Bekanntgabe der Entscheidung über die Annahme der Fortschreibung des Gut- achtlichen Landschaftsrahmenplanes der Region Vorpommern entsprechend § 14i UVPG

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt,
Naturschutz und Geologie

Vom 30. Oktober 2009

Im Rahmen der Fortschreibung des Gutachtlichen Landschaftsrahmenplanes der Region Vorpommern wurde eine Strategische Umweltprüfung (SUP) durchgeführt. § 14i des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. August 2009 (BGBl. I S. 2723) geändert wurde, schreibt vor, dass die Annahme eines Plans oder Programms, welches einer Strategischen Umweltprüfung unterzogen wurde, öffentlich bekannt zu machen ist.